



**Stellungnahme der Helmholtz-Gemeinschaft
Deutscher Forschungszentren zur
„Gemeinsamen Planung der Forschungsprogramme“**

DIE „GEMEINSAME PROGRAMMPLANUNG“ ALS SCHLÜSSELPROZESS ZU EINER EFFIZIENTEREN INTEGRATION DER EUROPÄISCHEN FORSCHUNG

Die Helmholtz-Gemeinschaft sieht in der Initiative der Europäischen Union¹ zur Gemeinsamen Planung der Forschungsprogramme eine Chance, die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu intensivieren und steht bereit, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen.

Aus Sicht der Helmholtz-Gemeinschaft sind insbesondere die folgenden Aspekte bei der Ausgestaltung und Umsetzung der „Gemeinsamen Programmplanung“ relevant:

- Die Helmholtz-Gemeinschaft begrüßt die vorgesehene Einbindung der „Scientific Community“ in den CREST-Prozess.
- Die Helmholtz-Gemeinschaft empfiehlt, bei der „Gemeinsamen Programmplanung“ neben den nationalen Förderprogrammen auch bereits existierende Programme in Eigenverantwortung der Forschungsorganisationen einzubeziehen.
- Die „Gemeinsame Programmplanung“ sollte den Auf- und Ausbau sowie die Nutzung von Forschungsinfrastrukturen mit europäischer und/oder weltweiter Bedeutung angemessen berücksichtigen, da solche Forschungsinfrastrukturen Kristallisationspunkte für europäische Cluster der Spitzenforschung sind und neue Forschungsthemen erschließen.
- Das Forschungsrahmenprogramm mit dem Spezifischen Programm „Zusammenarbeit“ als Herzstück ist und bleibt von großer Bedeutung für die Verwirklichung des Europäischen Forschungsraumes. Die „Gemeinsame Programmplanung“ allein reicht hierzu nicht aus.
- Die „Gemeinsame Programmplanung“ kann die nationalen Forschungsprogramme der Mitgliedsstaaten nicht ersetzen und sollte daher nicht Anlass zur Reduzierung nationaler Forschungsbudgets sein.

¹COM (2008) 468 Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions “Towards Joint Programming in Research: Working together to tackle common challenges more effectively”; Council conclusions concerning joint programming of research in Europe in response to major societal challenges (03.12.08) 16775/08

Einleitung

Die Mitteilung der Europäischen Kommission zur „Gemeinsamen Programmplanung“ sieht vor, „die länderübergreifende Zusammenarbeit, Koordinierung und Integration der aus öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungsprogramme der Mitgliedsstaaten [...] in einer begrenzten Anzahl strategischer Bereiche“ zu intensivieren und zu verbessern. „So soll die Effizienz der öffentlichen Forschungsförderung gesteigert werden, damit große gesellschaftliche Herausforderungen besser bewältigt werden können.“²

Die Helmholtz-Gemeinschaft sieht in dieser Initiative eine Chance, die Zusammenarbeit in der Forschung auf europäischer Ebene zu intensivieren. Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen und drängenden Probleme unserer Zeit wie Klimawandel, nachhaltige Sicherung der Energieversorgung, Schutz der Umwelt oder der demographische Wandel in ganz Europa erfordern eine strategisch orientierte, längerfristig angelegte Forschung unter Einbindung aller relevanten Disziplinen und verfügbaren Ressourcen. Dabei müssen alle relevanten Stakeholder angemessen eingebunden werden sowie Top-down und Bottom-up Ansätze in einem ausgewogenen Verhältnis stehen, das die Transaktionskosten bei transnationalen Kooperationen auch berücksichtigt. Die Erfahrungen mit bestehenden Instrumenten, insbesondere den ERA-NET und ERA-NET+ sollten dabei berücksichtigt werden und in die „Gemeinsame Programmplanung“ einfließen.

Aus Sicht der Helmholtz-Gemeinschaft muss dabei das Subsidiaritätsprinzip beachtet werden. Aus diesem Grund schlägt die Helmholtz-Gemeinschaft vor, den von der Kommission sowie des Rates dargelegten Prozess der „Gemeinsamen Programmplanung“ wie folgt umzusetzen:

- Gemeinsame Definition einer Vision und einer strategischen Forschungsagenda unter Beteiligung aller Stakeholder
- Abgestimmte Umsetzung der strategischen Forschungsagenda in individueller Verantwortung der jeweiligen Stakeholder

Darüber hinaus sind insbesondere die folgenden Aspekte bei der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung der „Gemeinsamen Programmplanung“ relevant:

Einbindung der „Scientific Community“ in die „Gemeinsame Programmplanung“ auf der Ebene der Förderinstitutionen (CREST-Prozess)

Unter dem Dach von CREST arbeitet eine „High-Level Group“ zunächst an der Identifikation möglicher Themen für die „Gemeinsame Programmplanung“. Sie wird die

²COM (2008) 468 Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions “Towards Joint Programming in Research: Working together to tackle common challenges more effectively”

weitere Ausgestaltung und Umsetzung der „Gemeinsamen Programmplanung“ begleiten. Wir begrüßen, dass die „Scientific Community“ in diesen Prozess angemessen eingebunden werden soll.³ Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verfügen über ein beträchtliches Know-How in ihren Fachgebieten, kennen die internationale Forschungslandschaft und sind in vielen Fällen bereits an informell oder offiziell bestehenden Netzwerken beteiligt.

Abstimmung und Koordination existierender Programme auf der Ebene der Forschungsorganisationen und -institute als Ergänzung der „Gemeinsamen Programmplanung“

Die Abstimmung der meist kurz- bis mittelfristigen, an Einzelthemen orientierten nationalen Forschungsprogramme im Rahmen der „Gemeinsamen Programmplanung“ ist wichtig, reicht allein jedoch nicht aus, um die großen gesellschaftlichen Herausforderungen und drängenden Probleme zu lösen.

Die längerfristig angelegte Forschung in Europa erfolgt zu einem beträchtlichen Teil in den Forschungsorganisationen und -instituten⁴. Die Helmholtz-Gemeinschaft empfiehlt daher eine verstärkte Zusammenarbeit auf Ebene der Forschungsorganisationen und -institute. Durch die in einem Bottom-up Ansatz organisierte, freiwillige und in Eigenverantwortung durchgeführte Verknüpfung und Koordination ihrer existierenden Forschungsprogramme können ausgewählte wissenschaftliche Aufgaben mit den vorhandenen Ressourcen und der notwendigen kritischen Masse noch wirksamer und effizienter bearbeitet werden. Die „Gemeinsame Programmplanung“ auf der Ebene der Förderinstitutionen würde hierdurch sinnvoll ergänzt.

In einigen Forschungsgebieten, die für die „Gemeinsame Programmplanung“ relevant sind, tauschen die Forschungsorganisationen und -institute bereits jetzt Informationen aus, vergleichen ihre strategischen Agenden und initiieren gemeinsame Forschungsvorhaben.

Ein Beispiel hierfür ist die European Energy Research Alliance (EERA⁵), die als eine Antwort auf den Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) ins Leben gerufen wurde. Mitglieder der EERA sind die zehn größten Forschungsorganisationen aus zehn Nationen. Ein Ziel von EERA ist, die jeweiligen Forschungsmaßnahmen der Mitglieder im Bereich Energie besser zu koordinieren, um Synergien zu schaffen. Dies soll in einem Bottom-up-Prozess erreicht werden. Die EERA-Initiative nach dem Prinzip der Freiwilligkeit und der variablen Geometrie steht grundsätzlich allen offen, die bereit sind, sich langfristig programmatisch zu binden.

³Council conclusions concerning joint programming of research in Europe in response to major societal challenges (03.12.08) 16775/08, paragraph 10.

⁴Laut Eurostat, “Statistics in focus 91/2008”, erhielten Forschungsorganisationen in 32 europäischen Ländern 50,3 % der öffentlichen Ausgaben für Forschung und technologische Entwicklung im Jahr 2006. Die Helmholtz-Gemeinschaft mit 28.000 Mitarbeitern hat ein Jahresbudget von 2,4 Mrd. Euro, davon sind etwa zwei Drittel institutionelle Förderung.

⁵<http://www.eera-set.eu>

Die Einbindung von Industrie und Universitäten ist vorgesehen. Weitere Beispiele sind PEER (Partnership for European Environmental Research⁶) oder EREA (Association of European Research Establishments in Aeronautics⁷). In PEER haben sich sieben europäische, programm-orientiert arbeitende Umweltforschungszentren zusammengeschlossen, die ihre Forschung zur Anpassung an den Klimawandel abstimmen und ausgewählte Projekte gemeinsam durchführen.

EREA ist ein Zusammenschluss von sieben europäischen Luftfahrtforschungseinrichtungen, die neben der verstärkten technischen Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen ihre übergreifende Politik und Entwicklung der Luftfahrtforschung abstimmen.

Eine gemeinsame strategische Programmplanung muss grundsätzlich versuchen, alle erforderlichen Akteure zusammenzubringen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das „Advisory Council for Aeronautic Research in Europe (ACARE⁸)“, in dem Mitgliedsstaaten, Europäische Kommission, Forschung, Industrie und Nutzer vertreten sind. In ACARE ist es gelungen, die Forschungsvorhaben der Industrie mit denen der öffentlichen Forschung abzugleichen und zum beiderseitigen Vorteil weiterzuentwickeln.

Angemessene Berücksichtigung der Forschungsinfrastrukturen in der „Gemeinsamen Programmplanung“

Die Forschungsinfrastrukturen sollten bei der Gemeinsamen Programmplanung eine Rolle erhalten, die ihrer Bedeutung entspricht. Denn sie sind Kristallisationspunkte für europäische Cluster der Spitzenforschung und Bildung und Innovation. Hier werden auch neue Forschungsthemen erschlossen, die Impulse für neue Forschungsprogramme mit internationaler Dimension geben. Der Auf- und Ausbau sowie die Nutzung von Forschungsinfrastrukturen mit europäischer und/oder weltweiter Bedeutung sollte deshalb in der „Gemeinsamen Programmplanung“ im Zusammenspiel mit dem ESFRI-Prozess angemessen berücksichtigt werden. Die eigenständige Abstimmung zwischen den europäischen Forschungsorganisationen und -instituten kann dazu beitragen, viele exzellente, kleine und mittelgroße Forschungsinfrastrukturen, die nicht auf der ESFRI-Liste stehen, weiter zu entwickeln.

„Gemeinsame Programmplanung“ als sinnvolle Ergänzung des EU-Forschungsrahmenprogramms und des Spezifischen Programms „Zusammenarbeit“

Das im EG-Vertrag verankerte Forschungsrahmenprogramm und die zugehörigen Instrumente sind und bleiben von großer Bedeutung für die Realisierung des europäischen Forschungsraums. Sie werden durch die „Gemeinsame Programmplanung“ ergänzt.

Eine effiziente Umsetzung der „Gemeinsamen Programmplanung“, wie sie in der Mitteilung der Kommission dargestellt wird, ist ein Wert an sich, weil sie die Abstimmung zwischen den Mitgliedsstaaten und den Akteuren vertieft und damit zu einer besseren Integration der europäischen Forschung beiträgt. Die „Gemeinsame Programmplanung“ allein reicht jedoch nicht aus, um die Ziele des Europäischen Forschungsraums zu erreichen.

Das Spezifische Programm „Zusammenarbeit“ sichert allen Forschern aus den Mitgliedsstaaten und Assoziierten Staaten einen direkten, gleichberechtigten Zugang zu den europäischen Forschungsmitteln und eröffnet ihnen die Möglichkeit, sich europäisch und international zu vernetzen. Dies ist insbesondere für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den kleineren Mitgliedsstaaten wichtig, da sie sich ohne gut ausgestattete nationale Forschungsprogramme wahrscheinlich nur bedingt an der „Gemeinsamen Programmplanung“ beteiligen können. Im Spezifischen Programm „Zusammenarbeit“ können aktuelle Forschungsthemen auf europäischer Ebene schnell und flexibel durch ad-hoc gebildete Konsortien bearbeitet werden. Darüber hinaus unterstützt das Spezifische Programm „Zusammenarbeit“ europaweit einen Übergang von der vorwettbewerblichen zur wettbewerblichen Forschung und fördert damit den Wissenstransfer in Europa.

Der von den Mitgliedsstaaten geführte Prozess der „Gemeinsamen Programmplanung“ sollte durch weitere Maßnahmen im Forschungsrahmenprogramm unterstützt werden, um zusätzlichen Mehrwert zu schaffen. So könnten z.B. in bestimmten Forschungsbereichen Netzwerkstrukturen und Koordinierungsmaßnahmen gefördert werden, um den Abstimmungsprozess der Forschungsorganisationen und -institute zu stimulieren.

Die Koordinierung von Forschungsprogrammen sollte parallel und abgestimmt auf verschiedenen Ebenen erfolgen: Durch den Prozess der „Programmplanung“ unter dem Dach von CREST, durch die bottom-up-Koordinierung von Programmen durch die Forschungsorganisationen und -institute und in Wechselwirkung mit den EU-Forschungsrahmenprogrammen. Die „Gemeinsame Programmplanung“ kann die nationalen Forschungsprogramme der Mitgliedsstaaten nicht ersetzen und sollte daher nicht Anlass zur Reduzierung nationaler Forschungsbudgets sein.

⁶<http://peer-initiative.org>

⁷<http://www.erea.org>

⁸<http://www.acare4europe.com>

KURZPORTRAIT HELMHOLTZ

In der Helmholtz-Gemeinschaft haben sich 16 deutsche Forschungszentren zusammengeschlossen. Sie bündeln damit ihre Ressourcen in strategisch ausgerichteten Programmen zur Erforschung komplexer Fragen von gesellschaftlicher, wissenschaftlicher und technologischer Relevanz.

Sie konzentrieren sich auf sechs große Forschungsbereiche: Energie, Erde und Umwelt, Gesundheit, Schlüsseltechnologien, Struktur der Materie, Luftfahrt, Raumfahrt und Verkehr. In ihnen arbeiten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zentrenübergreifend eng zusammen.

Die Gemeinschaft bietet hierzu den notwendigen Rahmen, ermöglicht langfristige Planung, bietet wissenschaftliche Kompetenz in hoher Dichte und eine herausragende wissenschaftliche Infrastruktur mit zum Teil weltweit einzigartigen Großprojekten.

Die forschungspolitischen Vorgaben werden für die Helmholtz-Gemeinschaft von den Zuwendungsgebern festgelegt, nachdem sie zwischen den Helmholtz-Zentren sowie Helmholtz-Senat und Politik diskutiert worden sind. Innerhalb dieser Vorgaben legen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Helmholtz-Zentren die Inhalte ihrer Forschung für die jeweiligen Forschungsbereiche zentrenübergreifend in strategischen Programmen fest.

(Quelle: „Strategie der Helmholtz-Gemeinschaft“, 2007)

www.helmholtz.de

Helmholtz-Zentren

- Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung
- Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
- Deutsches Krebsforschungszentrum
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt
- Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE)
- Forschungszentrum Jülich
- GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung
- GKSS-Forschungszentrum Geesthacht
- Helmholtz Zentrum München - Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt
- Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie
- Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung
- Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ
- Helmholtz-Zentrum Potsdam Deutsches GeoForschungszentrum - GFZ
- Karlsruher Institut für Technologie
- Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) Berlin-Buch
- Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (assoziiertes Mitglied)

Dieses Papier wurde erstellt unter Einbeziehung
der Helmholtz-Gemeinschaft und ihrer Zentren.

Bei Rückfragen und Kommentaren wenden Sie sich bitte an:

Dr. Susan Kentner
Helmholtz-Gemeinschaft Büro Brüssel
Rue du Trône, 98
B-1050 Brüssel
susan.kentner@helmholtz.de
www.helmholtz.de

